

Die Schwierigkeiten mit der Extremismustheorie

Zur Geschichte der Totalitarismus- und Extremismustheorie

Die Extremismustheorie ist aktuell in vieler Munde. Dieser Artikel soll erklären, woher dieser Theorieansatz kommt und warum er aus wissenschaftlicher sowie politischer Sicht problematisch ist.

Totalitarismustheorie

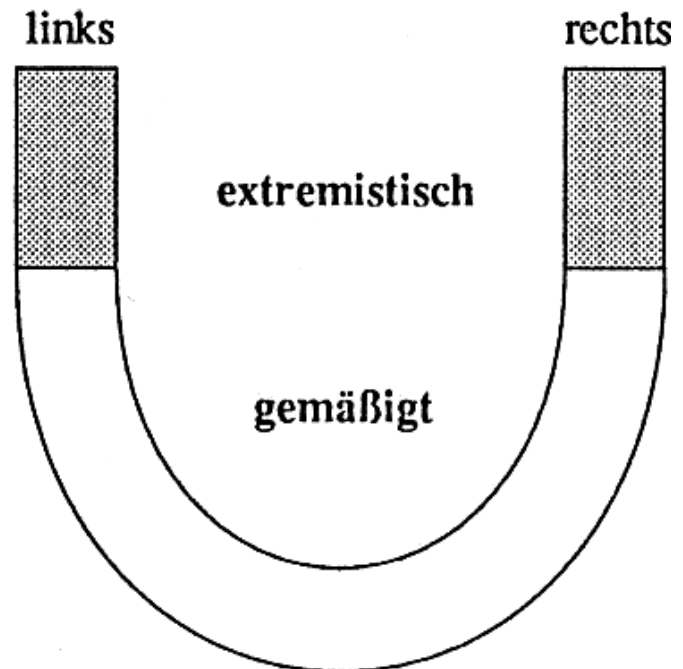
Die Geschichte der Totalitarismustheorie ist eine Geschichte der Umdeutung und des Kampfes um Begriffe. Ihren Ursprung hat die Theorie in der Ablehnung des italienischen Faschismus. Sie entwickelte sich dort in den 1920er Jahren im Umfeld eines bürgerlichen Antifaschismus, der sich allein auf den italienischen Faschismus, nicht jedoch auf den sowjetischen Kommunismus bezog. Die faschistische Partei von Mussolini bezeichnete sich selbst als „totalitär“ und erklärte, einen „totalitären Staat“ errichten zu wollen.

In den Zeiten des sogenannten „kalten Krieges“ tauchte der Begriff wieder auf. Er wurde von den Nato-Staaten umgedeutet und erweitert. Von nun an setzte er, kurz gefasst, die politischen Systeme Faschismus und Kommunismus gleich, da diese „wesensgleich“ seien. Der Tenor: Die bürgerliche Gesellschaft war und ist von „links“ und „rechts“ bedroht. Sie muss in beide Richtungen von der Mitte (dem Bürgertum) aus verteidigt werden. Zugleich ist diese Mitte der normative Bezugspunkt für das, was politisch als legitim angesehen wird. Die nicht legitimen Abweichungen links und rechts werden historisch als Totalitarismus und aktuell als Extremismus bezeichnet.

Der Antitotalitarismus ist in West-Deutschland – und der wiedervereinigten BRD – seit Ende des Nationalsozialismus Konsens gewesen, nicht der Antifaschismus.

Die einsetzende Entspannungspolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten bewirkte, dass der Kommunismus nicht mehr als „totalitär“ wahrgenommen werden konnte, da es keine Entspannungspolitik mit als totalitär bezeichneten Staaten geben durfte. So verschwand der Begriff aus dem politischen Sprach-

gebrauch. Zusätzlich bewirkten die Forschungen zum Faschismus und Nationalsozialismus der Studentenbewegung nach 1968, dass die Totalitarismustheorie wissenschaftlich nicht mehr haltbar war. Zu eindeutig waren die Unterschiede der sich gegenüber stehenden politischen Systeme wissenschaftlich herausgearbeitet worden. Durch die Wiedervereinigung der BRD mit der DDR ergab sich erneut die Möglichkeit, die Sichtweise zu verändern: Nicht aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern allein aus dem Ereignis des „Sieges“ über den Staatssozialismus konnte dieser wieder mit dem Faschismus gleich gesetzt werden.



gebrauch. Zusätzlich bewirkten die Forschungen zum Faschismus und Nationalsozialismus der Studentenbewegung nach 1968, dass die Totalitarismustheorie

Extremismustheorie

Von staatlicher Seite aus läuft die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten seit 1949 anfangs unter Zuhilfenahme des

Totalitarismusbegriffes später durch die Verwendung des Extremismusansatzes. Beide Ansätze sind politische Kampfbegriffe mit dem Ziel, zwei sich gegenüber stehende politische Ideologien gleichzusetzen. Mit Totalitarismus wurden historisch und werden gegenwärtig politische Staatssysteme beschrieben. Dagegen zielt der Extremismusbegriff auf Parteien und Bewegungen ab, die im Widerspruch zur gültigen Verfassung stehen. Anwendung findet diese Theorie besonders innerhalb verschiedener politischer Instanzen und bei regierenden Stellen (Verfassungsschutz, Polizei, Parlamente und Gerichte). Der extremismustheoretische Ansatz ist dabei in der Wissenschaft nicht unumstritten. Dazu später mehr.

Bis zur Studentenbewegung waren die sogenannten „Radikalen“ die schlimmsten Verfassungsfeinde. Seit 1973 taucht der Begriff „Extremismus“ in den jährlichen Verfassungsschutzberichten zur Kennzeichnung von Verfassungsfeinden auf. Die „Radikalen“ waren fortan die verfassungsbedrohenden, aber nicht mehr die verfassungsfeindlichen Gruppierungen. Dies sind seitdem die „Extremisten“. Es fand also ein Begriffsaustausch statt.

Die seitdem verwendete Extremismustheorie besagt, dass es eine demokratische Mitte gibt, die von ihren Abweichungen (den Rändern) geschützt werden muss. Diese Ränder bilden organisierte Neonazis, Linke und sog. extremistische Ausländer. Es ist also ein sehr simples Modell mit den Kategorien Links – Mitte – Rechts. Um die gesellschaftliche Realität mit einem solchen Modell erklären zu können, muss dieses sehr stark vereinfacht werden. Das führt dazu, dass die hinter dem Modell stehende Theorie nicht mehr zu erkennen ist. Dieser Modellansatz wurde unter anderem von Manfred Funke wissenschaftlich entwickelt. Er

erfand ein Kreismodell, in der sich die demokratische Mitte (im Kreis) gegen die extremen Kräfte (außerhalb des Kreises) zur Wehr setzen muss.

In den letzten beiden Jahrzehnten waren maßgeblich die rechtskonservativen Theoretiker Eckhard Jesse und Uwe Backes an der Weiterentwicklung des Modells und dem dahinter stehenden Theorieansatz beteiligt. Sie entwickelten das „Hufeisenmodell“ (s. S. 40): die abweichenden Ränder werden als sich annähernd beschrieben. So sollen die Ränder „linksextremistischer“ und „rechtsextremistischer“ Ideologie und Verhaltensweisen sich anziehen bzw. ähneln. Es gebe also in Wirklichkeit einen gar nicht so großen Unterschied zwischen ihnen. Diese Sichtweise wirkt bis in den Lehrplan hinein. Ein Beschluss der Kultusminister vom 06.03.2009 fordert unter der Überschrift „Stärkung der Demokratieerziehung“: „Die Förderung einer fundierten Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus, mit Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus, Gewalt und Intoleranz, beginnend in der Grundschule [...]“

Zur Kritik an der Theorie

Die Definition von dem, was in der Mitte und damit demokratisch ist, wird im Zweifel vom Verfassungsschutz, den Sicherheitsbehörden und dem ihnen zuarbeitenden Wissenschaftsapparat geleistet. Dieses Konzept dient staatlichen Stellen dazu, zum einen Gruppen, die die öffentliche Ordnung kritisieren (meist linke Gruppen), zu überwachen und andererseits die Öffentlichkeit vor Imageschäden, ausgelöst durch rechte Gruppen, zu schützen. Diese beiden Pole werden als gewalttätig und außerhalb der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehend zusammengefasst. Der Ruf nach nationalem Sozialismus oder Nationalsozialismus

von Gruppierungen aus der extremen Rechten wird so einer linken Gesellschaftskritik gleich gestellt. Die tägliche Gewalt gegenüber Menschen, die nicht in ein extrem rechtes Weltbild passen, die Bedrohung ganzer Bevölkerungsguppen, Gewalt und Mord werden mit Sachbeschädigungen, die von linken Gruppen begangen werden, verglichen.

Die gesellschaftliche Mitte versichert sich damit ihrer moralischen und ideologischen Legitimität. Geleugnet und verdeckt werden damit die ideologischen Verbindungen, die genau aus dieser Mitte der Gesellschaft zu Ideologien der extremen Rechten bestehen. Studien der letzten Jahre haben bewiesen, dass das Problem der extremen Rechten zugleich ein Phänomen ist, welches aus der Mitte der Gesellschaft kommt und den vorherrschenden politischen Verhältnissen entspringt. Die Lösung des Problems kann nicht losgelöst von Veränderungen gelingen, die sich in großen Teilen der Gesellschaft abspielen. In der Wissenschaft ist die Extremismustheorie deshalb umstritten, weil Diskriminierungstypen wie Antisemitismus, Rassismus, Revanchismus und Chauvinismus gesellschaftlich so weit verbreitet sind, dass nicht von einer kleinen (extremen) Minderheit gesprochen werden kann. Ein weiteres Problem ist, dass es keine klar bestimmaren Abgrenzungslinien zu den verschiedenen Diskriminierungstypen gibt. Diskriminierungsideologien können nicht eindeutig einer homogenen Gruppe zugeordnet werden.

Mit der Extremismusformel wird Demokratie als ein Zustand begriffen. Demokratie wird nicht als ein in Bewegung und im Wandel begriffener Prozess verstanden. Gerade antikapitalistische und antifaschistische Positionen werden als außerhalb der Gesellschaft stehend betrachtet. Einer Auseinandersetzung mit solchen Positionen wird damit aus dem

Weggegangen. Letztendlich führt dies zu einer Entpolitisierung der Gesellschaft, in der der Staat hegemonial bestimmt, welches die „richtige“ politische Überzeugung ist. Es bleibt somit kein Platz für ernsthafte Kritik und Veränderung der Gesellschaft. Wer sich auf Eckhard Jesse und seine „Antiextremismus“-Theorie beruft, übernimmt Positionen, die Nationalstaatlichkeit und Obrigkeitdenken miteinander verbinden. Dabei ist dies doch eigentlich Grundbestandteil einer nationalsozialistischen Ideologie.

Noch einmal: Die Extremismustheorie leitet sich nicht aus einer historisch-wissenschaftlichen Analyse ab. Sie entstand auf Grund der politischen Motivation, eine linke Gesellschaftskritik zu diffamieren und zunehmend

autoritäre Staatsverständnisse ideologisch zu stützen. Einige der „Extremismustheoretiker“ haben Verbindungen zur „Neuen Rechten“ oder kommen aus ihr.

Eine andere Problematik ist, dass unter dem Begriff Rechtsextremismus meist freie Nationalisten, autonome Nationalisten, Kameradschaften und die NPD zusammengefasst werden. Diese zeichnen sich durch einen deutlichen Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie aus. Mit dem Begriff Rechtsextremismus werden diese Kontinuitätslinien verwischt und verdeckt. Der Neonazismus wird so nur anhand seiner Demokratiefeindschaft beschrieben. Verdeckt wird damit, dass ethnopluralistischer Rassismus, völkische Kapitalismuskritik und offener Antisemitismus mehr als eine Feind-

schaft zur Demokratie sind. Es sind „Antworten“ auf Probleme der aktuellen gesellschaftlichen Probleme und Krisen, die leider auch bei Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Zustimmung finden. Diese Zustimmung zu nationalsozialistischen Ideologiefragmenten wird durch die Extremismustheorie übergangen und übersehen. Hinzu kommt, dass diejenigen, die diese vereinfachte Sichtweise kritisieren und sich anderer Theorien zur Erklärung des Problems der extremen Rechten bedienen sowie/oder staatliche Stellen in ihrem oft verharmlosenden Bemühen gegen die extreme Rechte in Frage stellen, ebenfalls mit Hilfe der Extremismustheorie an den Rand der Gesellschaft gestellt werden, diesmal an den Rand der „linksextremen“ Seite. So wurde z.B.

Nazi ist nicht gleich Stasi

In Mittelsachsen übermalte ein Rentner eine Denkmalinschrift. In seinen Augen setzt sie die beiden deutschen Diktaturen undifferenziert gleich. Ein Streit, der andauert.

DÖBELN taz | Manchmal wird Wilfried Bretschneider mitten im Gespräch von seiner "zu bildhaften Vorstellungskraft" übermannt, wie er selbst sagt. Wenn die Rede auf Konzentrationslager der Nazis kommt, wendet sich der 68-Jährige mit Tränen in den Augen ab. Vor dem Amtsgericht im mittelsächsischen Döbeln erging es ihm nicht anders. Dort musste er sich im Januar dieses Jahres verantworten, weil er sich auch mit Pinsel und Filzstift gegen eine Denkmalinschrift gewehrt hatte, die alle Gewaltopfer von 1933 bis 1989 undifferenziert zusammenfasst. Der Streit um diese Gleichsetzung der beiden deutschen Diktaturen ist bis heute nicht ausgestanden.

Die Geschichte begann vor fast drei Jahren, als Bretschneider auf den Gedenkstein vor dem Lessing-Gymnasium in Döbeln aufmerksam wurde. "Zum Gedenken an die Lehrer und Schüler, die Opfer von Krieg, Unrecht und Willkür wurden" hatte der Förderverein des Gymnasiums in den Stein meißeln lassen und die Jahreszahlen 1933-1989 hinzugefügt. Der relativ früh wegen eines Unfalls pensionierte Bretschneider ist alles andere als eine rote Altlast, verweigerte sich der Wahlfarce in der DDR und schrieb schon damals Briefe an die Obrigkeit. Aber einen solchen "Verstoß gegen Anstand und Würde", wie er schreibt, wollte er nicht stehen lassen.

Briefe und der Besuch öffentlicher Parteiforen bewirkten nichts. Wilfried Bretschneider bastelte zunächst Plakate, bevor er direkt am Denkmal zu Kreide und Filzstift griff. Dreimal entfernte eine Spezialfirma seine Veränderungen, bevor jemand anderes, wie er sagt, zu Ölfarbe griff. „1933 – heute“ steht noch immer auf dem Stein zu lesen. Der Rentner, der stets öffentlich agiert hatte, wurde wegen "gemeinschaftlicher Sachbeschädigung" zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro verurteilt.

Für Bretschneider "eine Ehre und keine Straftat", wie sogar das Urteil vermerkt. Auch der psychologische Sachverständige bescheinigte ihm "verminderte Steuerungsfähigkeit", weil er sich durch die Inschrift "moralisch angegriffen" fühlte und sie zwanghaft korrigieren musste.

MICHAEL BARTSCH

in Bayern die „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München“ aus dem „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ auf Weisung des Innenministeriums ausgeschlossen. Der VS listete diese Stelle ohne Begründung als linksextremistisch auf. Eine staatliche Förderung wird an eine Prüfung durch den VS gekoppelt.

Zur aktuellen Situation

Die Vergabe von Mitteln zur Förderung von Maßnahmen gegen den sogenannten Rechtsextremismus soll von staatlicher Seite aus neu konzipiert werden. So sollen sich in Zukunft die Kriterien für die Förderung stärker noch den Ergebnissen der Extremismusforschung richten. Dagegen formiert sich Protest aus den Bereichen der Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Er wird zum einen durch die Befürchtung getragen, dass die Mittel für Initiativen und Projekte, die gegen die extreme Rechte arbeiten, massiv gekürzt werden können. Zum anderen wird gegen die Anwendung der Extremismustheorie protestiert, weil darin ein weiteres Vorschreiten von konservativ rechten Ideologien gesehen wird. Wer Kritik an der Gesellschaft übt oder nach selbstverwalteten Jugendzentren ruft, hat es aktuell sehr schwer, staatliche Förderung und ideologische Unterstützung zu erhalten. Diese Problematik ist nicht neu. So wurden z.B. der Opferberatungsstelle ABAD in Thüringen, schon vor ein paar Jahren die staatlichen Mittel gekürzt, weil sie die staatliche Migrationspolitik kritisiert hatte.

Zeitgleich drängen sich staatliche Stellen in die politische Bildungsarbeit. So bieten die Sicherheitsbehörden (VS und Polizei) eigene „Experten“,

Fort- und Weiterbildungsprogramme zur Extremismustheorie an. Der Verfassungsschutz, eine Behörde, ohne politischen Bildungsauftrag, nimmt gerne auf dem Podium an Diskussionsveranstaltungen teil oder unterstützt die Erarbeitung von „Bildungsmaterialien“. So vertreibt z.B. der VS-NRW eine Comic-Serie, in der Antifaschismus und Kapitalismuskritik auf Gewalttaten reduziert wird. In



Rechts=Links? So einfach ist es nicht!

Bayern versucht eine Abteilung, die beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist, die typischen Tätigkeitsbereiche einer (professionalisierten) zivilgesellschaftlichen Organisation, wie die der mobilen Beratungsteams, zu übernehmen. Hier sollen Beratung, Information und Schulungsangebote gebündelt werden, um als Vernetzungsstelle für Kommunen, Schulen und Öffentlichkeit zu dienen. Der Name dieser Abteilung ist „Bayrische Informationsstelle gegen Extremismus“. Die Gefahren durch solch eine Bündelung sollten offensichtlich sein. Die Aufgaben der staatlichen Sicherheitsbehörden liegen in der Informationsbeschaffung und Strafverfolgung. Sie sind damit keine unabhängigen Institutionen, sondern haben einen

staatlicherseits klar definierten Auftrag. Wenn nun von diesen Behörden Abteilungen aufgebaut werden, die die Arbeit von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Organisationen zumindest in Teilen ersetzen und übernehmen sollen, so wird das Konsequenzen haben. Es werden einige Bereiche, wie z.B. die Beratung und Betreuung von Opfern rechter Gewalt, wegfallen. Noch deutlicher wird die Problematik der Doppelfunktion solcher staatlichen Sicherheitsbehörden, wenn sich z.B. illegalisierte Flüchtlinge, die Opfer eines rassistischen Übergriffes wurden, an eine solche staatliche Stelle wenden.

Neu hinzugekommen ist eine aktuelle Hysterie wegen einer angeblich drohenden „linksextremistischen Gefahr“, ganz egal, ob diese die realen Verhältnisse in der Gesellschaft widerspiegelt oder nicht. Dem gegenüber stehen Studien wie die von Christian Pfeiffer, Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KNF), vom März 2009. Dort zeigte sich, dass ca. 3,8 % der 15-jährigen Deutschen (ca. 23.000) als Mitglied einer „rechten Gruppe oder Kameradschaft“ angesehen werden können. Wer diese Zahlen nur auf die nächsten 3 älteren Jahrgänge (16-18 Jahre) hochrechnet, kommt auf eine Zahl, die die von 100.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen übersteigt! Welches Problem uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird, kann unschwer erkannt werden. Die Extremismustheorie hilft uns bei der Bekämpfung des Problems kein Stück weiter, eher verhindert sie die Sicht auf die wahren Ursachen des Erstarkens von extrem rechten Strukturen.

FLORIAN SCHUBERT
Junge GEW